



Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

Stellungnahme des Landeselternbeirates zur aktuellen Situation bei Lehrerversorgung und Lehrereinstellungen

Auf seiner Sitzung am 21.09.2016 hat sich der Landeselternbeirat Baden-Württemberg (LEB) eingehend mit der aktuellen Situation bei der Lehrerversorgung und Lehrereinstellungen befasst.

Dem LEB ist es ausgesprochen wichtig, hierzu wie folgt Stellung zu nehmen:

Das neue Schuljahr beginnt an sehr vielen Schulen mit Unterrichtsausfall und es steht zu befürchten, dass sich die unzureichende Unterrichtsabdeckung weiter fortsetzen und sogar noch verschärfen wird. Die Situation der Lehrerversorgung stellt sich als Mangelverwaltung dar, der Regelunterricht kann nicht mehr flächendeckend garantiert werden.

Viele Lehrerstellen konnten nicht rechtzeitig zu Schuljahresbeginn besetzt werden, ein Angebot von ausgebildeten Fachkräften am Markt ist nicht mehr verfügbar. Die gekürzte Eingangsbesoldung um 8% für Junglehrer, späte Einstellungszeitpunkte, befristete Verträge und die Entlassung in die Arbeitslosigkeit vor Schuljahresbeginn lässt viele Berufsanfänger, vor allem in den grenznahen Gebieten wie dem Drei-Länder-Eck um Mannheim oder in die Nähe zur Schweiz in Südbaden, in attraktivere Dienstverhältnisse der Nachbarländer wechseln.

Die zu erwartende jährliche Krankheitswelle wird an vielen Schulen nicht aufzufangen sein und die noch unterrichtenden Lehrer an den Rand des Leistbaren bringen. Trotz der großen Anstrengungen, die viele Schulen und Lehrkräfte erbringen werden, erwartet der LEB dann noch umfänglicheren Unterrichtsausfall.

Wegen der unzureichenden Zahl von KV Stellen können einerseits der hohe Krankenstand vieler überlasteter ältere Lehrer sowie die große Zahl an Mutterschafts- und Elternzeiten der jungen Lehrerinnen und Lehrer nicht abgedeckt werden. Hier muss unbedingt und zeitnah nachgebessert und eine Mindestabdeckung von 110% angestrebt werden. Aber darüber hinaus werden auch weitergehende Maßnahmen zur Sicherung des Schulunterrichts in unserem Land nötig sein.

Nicht nur der fehlende Nachwuchs in Mangelfächern, nein, das ganze Spektrum an Fächerangeboten in allen Schularten kann, verschärft durch die bereits begonnene Pensionierungswelle, nicht mehr ausreichend garantiert werden.

Die erschreckend geringe Zahl von Absolventinnen und Absolventen in der Sonderschulpädagogik ist unter Anderem auf einen hohen Numerus clausus zurückzuführen. Solche Studienbegrenzungen sind völlig unverständlich und keinesfalls geeignet, die Qualität der Ausbildung sicherzustellen. Mit solchen kontraproduktiven generiert man sich sehenden Auges selbst den Mangel.

Fassungslos macht die willkürliche Begrenzung und Minderung der Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen – und das bei steigenden Schülerzahlen!

Ein derart gekippter Arbeitsmarkt, der mangels Absolventen kein Angebot mehr bieten kann, lässt befürchten, dass Baden-Württemberg künftig weiter im Ländervergleich abrutschen wird und unsere Schulen in nächster Zukunft mehr Verwahranstalten als Bildungseinrichtungen sein werden.

Ein kurzsichtiges Spardiktat in Sachen Bildung der letzten Landesregierungen führt zu einer gravierenden Unterfinanzierung in eben diesem Bildungsbereich. Die Bildung im Land wird zu „Tode“ gespart. So zeigt z.B. die Klemm-Studie "Finanzierung und Ausstattung der deutschen Grundschulen", dass Deutschland im Vergleich mit seinen Nachbarn wenig für die Grundschulbildung ausgibt, Baden-Württemberg im Bundesvergleich aber noch mal unter dem Durchschnitt liegt. Die Ergebnisse solcher Einsparungen bei der Bildung zeigt dann auch die aktuelle Studie VERA 8 in absolut beklemmender Weise. Ein solch erheblich schlechtes Abschneiden bei VERA 8 hatte der LEB zuvor nicht für möglich gehalten.

Die Eltern im Land werden diese Situation sicher nicht hinnehmen können. Wenn hier in naher Zukunft keine merklichen Verbesserungen erzielt werden, werden die Eltern zum Wohle ihrer Kinder ihren Protest sehr viel deutlicher an die Landesregierung herantragen müssen.

Für den 17. Landeselternbeirat

Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender

Freiburg, den 30.09.2016